

Ratsmehrheit aus SPD, CDU und FDP lehnte Eingabe der BI gegen das geplante Kohlekraftwerk ab

Einwohnerantrag hatte keine Chance

Von Malte Hinz

Lünen. Erwartungsgemäß hat der Rat mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP den mittlerweile von 7 204 Lünern unterzeichneten Einwohnerantrag der Bürgerinitiative „Kontra Kohle-Kraftwerk“ zurückgewiesen.

Abgelehnt wurden auch drei von vier weiteren Anträgen der Initiative. Sie sollten die Stadt verpflichten, die Ansiedlung weiterer Kohlekraftwerke in Lünen zu verhindern, die Stromerzeugung aus alternativen Quellen lokal zu fördern. Außerdem sollte die Stadt auf Unternehmen mit kommunaler Beteiligung und Eigenbetriebe einwirken, Kohlekraftwerksansiedlungen nicht zu unterstützen und keine vertraglichen Vereinbarungen mit Betreibern noch nicht fertig gestellter Kohlekraftwerke einzugehen. Ein von den Ratsfraktionen mit der BI umformulierter Antrag wurde allerdings beschlossen: Lünen solle mit seiner Politik der CO₂-Reduzierung fortfahren, Energie-

sparmaßnahmen und die Nutzung regenerativer Energien weiter fördern und Bürger auffordern, die Dächer ihrer Häuser verstärkt mit Sonnenkollektoren auszustatten.

Gegen die Stimmen von Grünen und UWG verabschiedete der Rat die bereits im Stadtentwicklungsausschuss - wir berichteten - beschlossene Stellungnahme im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das neue Kraftwerk. Darin stimmt sie dem Bau der Anlage zu, fordert aber gleichzeitig einige Nachbesserungen oder Verdeutlichungen zu den Themen Kraft-Wärme-Kopplung, Emissionsgrenzwert, Kühlwasserkreislauf, Schallschutz und Landschaftsbild.

Vorausgegangen war den Abstimmungen in der Ratssitzung gestern die Verpflichtung des neuen Ratsmitglieds der Grünen, Ingbert Kerseboom, und der Appell von Bürgermeister Stodollick zu Toleranz und gegenseitiger Achtung. Es folgte eine über zweistündige Debatte über den Einwohnerantrag, den Thomas Mattheé und Eckhard

Kneisel von der Bürgerinitiative noch einmal im Detail vorstellten. Kernargumente: Die Schadstoffbelastung der

Lüner Luft sei schon jetzt hoch, die gesundheitlichen Risiken des Kraftwerkes zu groß. Kneisel an die Adresse

KOMMENTAR

Überzeugungsarbeit nötig

Malte Hinz

Da hätte es Mattheé bei seinem Säure-Experiment vor dem Ratssaal noch so krachen lassen können - an der Entscheidung hätte das nichts mehr geändert. Die SPD/CDU/FDP-Mehrheit will den Bau des Kraftwerkes. Punkt. Wen dies gestern überrascht hat, der hat die Erkenntnis verweigert, dass diese Position seit Monaten felsenfest steht. Union, SPD und Liberale sind überzeugt. Richtiges zu tun - für Arbeitsplätze, für den Haushalt und auch für die Umwelt. Und sie sind sicher, dass hinter ihnen mehr stehen als jene rund 7 000, die das völlig an-

ders sehen und deshalb den Einwohnerantrag der BI gegen das Kraftwerk unterschrieben haben. Wenn diese Blöcke nicht durch Überzeugungsarbeit weggemeißelt werden, drohen Lünen lang anhaltende Konflikte. Allein auf parlamentarische Mehrheiten zu setzen, reicht nämlich nicht aus.



(Bild: Archiv)

der Ratsmitglieder: „Sie haben es in der Hand, das Kraftwerk zu verhindern.“

CDU-Fraktionschef Friedhelm Schroeter machte dagegen sofort deutlich, „dass wir hochofrend sind über diese Zukunftsinvestition“. SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Möller verwies auf „intensive Beratungen“ und die Tatsache, „dass wir nach Abwägung aller Fakten das Kraftwerk als Chance für Lünen sehen“. Die auch in der SPD vorhandenen Bedenken seien in die Stellungnahme der Stadt eingeflossen. Erika Roß (Grüne) zeigte sich dennoch überzeugt: „Die Luftbelastung in Lünen verträgt zusätzliche Schadstoffe nicht mehr.“ Außerdem gebe es energiepolitisch keinen Bedarf an weiteren Kohlekraftwerken. Dieter Klecha (UWG), zunächst Kraftwerksbefürworter, sagte: „Wir haben versucht, zu lernen. Das ist uns gelungen. Deshalb sagen wir Nein zum Kraftwerk.“ Und Michaela Neuhaus (FDP) räumte ein: „Bei uns ist eine Mehrheit dafür - deshalb stimmen wir heute zu.“